EVANGELIKALE

Massive Schläge

Jugendliche, deren Familien freikirchlichen evangelischen Gemeinden angehören, werden von ihren Eltern auffällig oft geschlagen. Das ist ein Ergebnis einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN). Die hannoverschen Forscher hatten Tausende Jugendliche in ganz Deutschland unter anderem nach ihrer Erfahrung mit Gewalt befragt; dabei stellte sich heraus, dass die Kinder der Freikirchler häufiger von ihrer Mutter und ihrem Vater gezüchtigt werden als der Nachwuchs von Katholiken, Protestanten oder Muslimen. Mädchen und Jungen, die ihre evangelikalen Eltern in der Umfrage als „sehr religiös" bezeichneten, wurden nur zu 27 Prozent gewaltfrei erzogen; 21,3 Prozent gaben sogar an, dass sie massiven Schlägen ausgesetzt seien. Je religiöser die Eltern seien, sagt KFN-Direktor Christian Pfeiffer, desto weniger habe es sie gekümmert, dass jegliche körperliche Züchtigung von Kindern seit 2000 in Deutschland verboten ist. Das Studienergebnis wundere ihn besonders, weil das Bildungsniveau der Freikirchler überdurchschnittlich hoch sei, so Pfeiffer.

HOLGER HOLLEMANN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Pfeiffer

BUNDESWEHR

Keine Briefmarken

Die Sparpolitik der Bundesregierung erschwert offenbar die Kommunikation in der Bundeswehr. Die Landeskommandos (Lkdo) des ostdeutschen Wehrbereichs III wiesen ihre Dienststellen vor kurzem an, den Postweg vorerst zu schließen. „Lkdo hat (seit etwa August) keine Briefmarken mehr. Das bedeutet, dass keine Post mehr versendet werden kann", heißt es in einer Hausmitteilung. Bis Ende des Jahres müssten daher alle Unterlagen „per Fax oder eingescannt" über das interne Mail-System verschickt werden. „Die Originale bleiben hier, wir händigen diese bei Zusammenziehungen oder Weiterbildungsveranstaltungen aus." Die schwarz-gelbe Koalition hatte im Rahmen ihres Sparprogramms den Etat des Verteidigungsministeriums für dieses Jahr um 450 Millionen Euro zusammengestrichen.

INTEGRATION

Verweigerer die Ausnahme?

BERNHARD FREISEN / GLOBAL-PICTURE.NET

Migrantinnen in Berlin

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) will bis Mitte dieser Woche mit einer Umfrage in den Ländern feststellen lassen, wie groß das Problem der Integrationsverweigerung tatsächlich ist. Der Bund interessiert sich vor allem für den Anteil jener Ausländer, die nach ihrer Einreise den verpflichtenden Integrationskurs schwänzen oder abbrechen. Ein erstes Zwischenergebnis aus Niedersachsen deutet darauf hin, dass die Zahl der Unkooperativen offenbar nicht besonders hoch ist. Demnach hatten etwa 3,8 Prozent der vorgesehenen Teilnehmer ihren Pflichtkurs ohne ausreichenden Grund nicht angetreten oder beendet. Bei 2,6 Prozent kam es zu Sanktionen oder zu Androhung davon. Ein Problem besteht nach Ansicht der niedersächsischen Behörden allerdings darin, dass Kursanbieter die Verweigerer oft nicht an die Ausländerbehörden weitermelden und es dadurch eine Dunkelziffer gibt.